

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Ein Haushalt für Zukunft und Zusammenhalt

GABRIELA HEINRICH:

Mit einem blauen Auge davongekommen

JAN PLOBNER:

Aufstehen gegen Rechts – Gedenken an die Opfer der NS-Zeit

MARTINA STAMM-FIBICH

Bürgerrat liefert Ergebnisse

CARSTEN TRÄGER:

Sauberer Strom aus der Sonne – auch ohne Dach!

Ein Haushalt für Zukunft und Zusammenhalt

Der Bundeshaushalt 2024 ist verabschiedet. Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit, um unsere Demokratie vor ihren Feinden von innen und von außen zu schützen. Wir investieren in soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, damit Arbeitsplätze erhalten werden und viele neue Arbeitsplätze entstehen können. Der Weg zu diesem Haushalt war nicht einfach. Aber das Ergebnis ist gut.

Die Beratungen waren herausfordernd. Es gibt keine politische Mehrheit für die Erklärung einer Notlage oder eine Reform der Schuldenbremse. Wir müssen sie dieses Jahr wieder einhalten. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes konnten 60 Mrd. € aus Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie anders als in der bisherigen Haushaltspraxis des Bundes und vieler Länder nicht für den Klima- und Transformationsfonds KTF genutzt werden. Das brachte den Zeitplan der Verhandlungen durcheinander und wir mussten uns in der Koalition politisch auf unsere Schwerpunkte verständigen.

DIE RAHMENDATEN

2024 sind Ausgaben des Bundes in Höhe von 476,81 Mrd. € vorgesehen, 3,4 % mehr als 2023. Die Neuverschuldung liegt bei 39,03 Mrd. €, wir halten die Schuldenbremse ein. Wir rechnen mit Steuereinnahmen von 377,61 Mrd. € und 60,17 Mrd. € sonstigen Einnahmen, etwa aus dem Windenergie-auf-See-Gesetz und Rücklagenentnahmen.

UNSERE SCHWERPUNKTE

Für soziale Sicherheit: Eine Kürzung beim Sozialstaat stand für uns nie zur Debatte. Dank der Wohngeldreform erhalten deutlich mehr Menschen mehr

Geld und dauerhafte Entlastung. Dafür stellt der Bund 2,42 Mrd. € zur Verfügung. Das Gesamtbudget für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und für die Jobcenter bleibt auf dem Niveau von 2023. Für die Berufsberatung für unter 25-Jährige bleibt die BA zuständig. Den Ansatz des BAföG haben wir um 150 Mio. € erhöht.

Investitionen in die Zukunft: Trotz Umstrukturierungen im KTF können viele wichtige Projekte abgesichert werden. Allein die Wärmewende im Gebäudebereich fördern wir in den kommenden Jahren mit 26 Mrd. €. Wir nehmen eine Milliarde € in die Hand für ein neues Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment“. Wir investieren so viel wie noch nie in unsere klimafreundliche Verkehrsinfrastruktur, erhöhen etwa für die Generalsanierung des Schienennetzes das Eigenkapital der Deutschen Bahn bis 2027 um 12,8 Mrd. €.

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wir haben die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung gegenüber dem Regierungsentwurf um 20 Mio. € erhöht und die dort vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen. Wir haben erfolgreich die vorgesehenen massiven Kürzungen bei den Freiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst ver-

hindert. Das ist ein wichtiges Zeichen an die vielen Freiwilligen und die Träger sozialer Einrichtungen – wir stärken sie sogar mit 80 Mio. € zusätzlich.

Integration leisten: In der Bereinigungssitzung wurden die Mittel für Integrationsangebote um 188 Mio. € erhöht, erstmals steht über eine Milliarde € zur Verfügung. Das erfolgreiche Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind“ kann fortgeführt werden. Auch bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) wird nicht gekürzt, sondern wir erhöhen die Mittel auf 77 Mio. €.

Sicherheit und Unterstützung der Ukraine: Wir verdoppeln die Hilfe für die Ukraine von 4 auf 8 Mrd. € und bleiben ihr zweitgrößter Unterstützer. Wir schaffen 1.000 neue Stellen bei der Bundespolizei. Der Verteidigungsetat steigt auf 51,9 Mrd. € – ein Plus von 1,68 Mrd. €. Zudem fließen 19,8 Mrd. € aus dem Sondervermögen.

Dieser Haushalt ist eine gute Grundlage für das Jahr 2024. Im Parlament konnten wir Kürzungen zurücknehmen und viele Projekte absichern. Aber die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Mit einer Reform könnten wir noch mehr investieren – in Zukunft und Zusammenhalt.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mit einem blauen Auge davongekommen

Die Etats für das Außen- und das Entwicklungsministerium müssen sparen. Das Verteidigungsministerium verzeichnet einen leichten Aufwuchs. Was steht drin im neuen Bundeshaushalt zu diesen Bereichen?

Für das **Auswärtige Amt** ist der Etat im Vergleich zu 2022 und 2023 etwas gesunken. Aber immerhin haben die Haushaltsverhandlungen noch 552 Millionen Euro zusätzlich (zum Regierungsentwurf) gebracht. Der große Kahlschlag ist zum Glück ausgeblieben. Das ist wichtig angesichts der aktuellen Kriege und der Not. Die Ausgaben für „Sicherung von Frieden und Stabilität“ sind weiterhin mit 3,5 Milliarden Euro der größte Brocken. 2,2 Milliarden davon sind für die humanitäre Hilfe veranschlagt. Beim „Einzelplan 05“ des Auswärtigen Amtes auch immer wichtig: Die sogenannte Kulturmilliarde bleibt erhalten, hier geht es zum Beispiel um die Goethe-Institute und den Deutschen Akademischen Austauschdienst.

Der Ansatz für das **Verteidigungsministerium** wächst auf fast 72 Milliarden Euro. 52 Milliarden Euro davon stammen aus dem klassischen Verteidigungsetat, das sind rund 1,7 Milliarden mehr als 2023. Knapp 20 Milliarden kommen aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Damit wird das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht. Für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind das gute



Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat im neuen Haushalt 72 Milliarden Euro für das Verteidigungsministerium zur Verfügung. F: Thomas Trutschel/Deutscher Bundestag

Nachrichten: Angefangen von der persönlichen Ausrüstung bis hin zu Raketenabwehrsystemen, Flugzeugen, Fregatten und U-Boote kann alles mit diesem Haushalt angeschafft werden. In der Bereinigungssitzung setzte vor allem auch die SPD die Schwerpunkte Sanitäter der Bundeswehr, mehr Digitalisierung im Bereich Gesundheit und die Erprobung eines Lazarettzugs.

Das **Entwicklungsministerium** kann 2024 nach den parlamentarischen Verhandlungen 11,22 Milliarden Euro ausgeben. 12,16 Milliarden Euro waren es 2023, also eine Milliarde mehr. Aber Svenja Schulze hat einen wirklich guten Job gemacht, indem sie nicht gleichsam mit dem Rasenmäher alles gekürzt hat. Auch von den Haushaltern im Bundestag wurde darauf ge-

achtet, dass keine laufenden Projekte angehalten und keine Zusagen an die Partnerländer wieder zurückgenommen werden müssen. Die Kürzungen sind schmerzhaft – der Etat liegt aber noch immer deutlich über der Zeit, bevor die Krisen – Corona, Ukraine – die Welt erschütterten.

Aus gegebenem Anlass: Ich hatte ja schon neulich darauf hingewiesen, dass zur Zeit viele Fake News verbreitet werden. Das ist in der Haushaltswoche nicht besser geworden.

Im Gegenteil – die AfD behauptet diese Unwahrheiten sogar vor dem Plenum. Im Zweifelsfall sollten Sie lieber hier nochmal nachsehen:

<https://www.bmz.de/de/aktuelles/fragen-an-das-entwicklungsministerium>



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5



Aufstehen gegen Rechts – Gedenken an Opfer der NS-Zeit

In den vergangenen Tagen sind in Deutschland Hunderttausende gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit auf die Straßen gezogen. Das ist ein besonders starkes und wichtiges Zeichen, gerade auch in Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, deren Opfer wir vergangene Woche im Bundestag gedacht haben.

In der letzten Sitzungswoche im Deutschen Bundestag haben wir den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Die schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten, die Verfolgung, Ermordung und Vernichtung ganzer Menschengruppen, dürfen sich niemals wiederholen. Und deshalb erinnern wir jährlich der Opfer, um uns die Schrecken der NS-Zeit vor Augen zu führen. Vor 79 Jahren – am 27. Januar 1945 – wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit.

Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefunden industrielle Vernichtung von Menschen, ist ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und es muss klar sein: Erinnern alleine reicht nicht.

Es ist vielmehr ein Appell an uns alle, einen Kampf gegen menschenfeindliches Gedankengut zu führen. Ein Appell, aufzustehen und laut zu werden gegenüber menschenfeindlichem Gedankengut. Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die Würde aller



Beschlussfreudig: Bei der Klausurtagung zum Jahresbeginn einigt sich die SPD-Bundestagsfraktion auf verschiedene Positionspapiere. F: Marko Priske/Stiftung Denkmal

Menschen und unsere freiheitliche Demokratie gegen Gewalt und ihre Feinde zu schützen. Und unser Land – das haben die vielen Menschen in den vergangenen Tagen gezeigt und zeigen es immer wieder – steht zu seiner historischen Verantwortung. Wir verteidigen unsere Werte Antisemitismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder Platz finden.

Dieser Kampf ist wichtiger denn je. Vertreter*innen der Rechtsaußenpartei AfD haben sich im November mit Rechtsextremen und Identitären getroffen, um Pläne für eine massenhafte Ausweisung von Migrant*innen und auch deutschen Staatsbürger*innen zu erörtern – ausgerechnet in Pots-

dam. Das gleicht den Vorgängen der Wannseekonferenz aus der dunkelsten Zeit unserer Geschichte und ist zutiefst verstörend und geschichtsverhöhend.

Doch die große Mehrheit der Menschen in Deutschland zeigt klare Konte gegen dieses rechtsextremistische Gedankengut, indem sie auf die Straße gehen und sich den Rechtsextremismus und der AfD entgegenstellen. Sie alle machen deutlich, wofür unser Land steht: für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Im Osten, wie im Westen – überall sind Menschen auf den Straßen. Am 3. Februar werden wir wieder demonstrieren. Wir als SPD-Fraktion sind stolz und dankbar dafür.

Nie wieder ist jetzt!



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Bürgerrat liefert Ergebnisse

160 Bürgerinnen und Bürger diskutierten zum Thema Ernährung.



Gruppenfoto des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.

Foto: Robert Boden./DBT

Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ ist zu Ende und hat neun Empfehlungen zum Thema Ernährung an den Bundestag beschlossen. :

1. Kostenfreies und gesundes Mittagessen für alle Kinder in Kindergärten und Schulen.
2. Staatliches Label für alle in Deutschland und der EU verkauften Produkte, um auf deren Einfluss auf Klima, Tierwohl und Gesundheit hinzuweisen.
3. Verpflichtende Weitergabe von noch genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel (ab einer Verkaufsfläche von 400m²) an gemeinnützige Organisationen.
4. Ein Tierwohllabel soll Lebensbedingungen und Herkunft von Tieren transparent abbilden.
5. Steuersenkungen auf gesunde Lebensmittel und Wasser.
6. Sicherstellung von gesunder Ernährung in Pflegeeinrichtungen.

7. Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls.

8. Mindestalter von 16 Jahren für Energydrinks.

9. Mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz der Kontrollergebnisse.

„Im Bürgerrat wurde Demokratie gelebt“

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas dankte den Mitgliedern des Bürgerrates: „Demokratie geht uns alle an. Im Bürgerrat ‚Ernährung im Wandel‘ wurde Demokratie gelebt, in einem Klima von Offenheit, Neugier und Mut zum sachlichen Austausch. Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dafür, dass sie sich die Zeit genommen haben, sich tief in das Thema Ernährung einzuarbeiten. Durch ihre Empfehlungen haben sie wichtige Impulse für unsere parlamentarische Arbeit ge-

geben. Sehr konkrete Empfehlungen wie ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder oder eine Altersgrenze für Energydrinks sind nun auf dem Tisch, mit denen wir uns jetzt als Abgeordnete auseinandersetzen werden. Mit diesen Empfehlungen sollten sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag intensiv beschäftigen. Der erste Bürgerrat des Deutschen Bundestages ist ein gelungenes und innovatives Beispiel für lebendige Demokratie.“

Übergabe und Behandlung im Parlament

Die Empfehlungen des Bürgerrates werden nun in einem Bürgergutachten zusammengefasst. Das Bürgergutachten soll der Bundestagspräsidentin am 20. Februar übergeben werden. Anschließend ist eine erste Diskussion der Empfehlungen mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern geplant.



Sauberer Strom aus der Sonne – auch ohne Dach!

2023 war ein Rekordjahr für die Erneuerbaren Energien. Nie zuvor wurde soviel Photovoltaikfläche zugebaut. Das ist gut: Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent unseres Stroms erneuerbar hergestellt werden. Daran Teilhaben und Stromkosten sparen kann man auch ohne Dach: Mit einem Balkonkraftwerk.

WAS IST EIN BALKONKRAFTWERK?

Ein Balkonkraftwerk ist eine Mini-Photovoltaik-Anlage, die Sonnenlicht in elektrische Energie umwandelt. Der Strom wird über eine Steckdose ins heimische Stromnetz eingespeist und direkt verbraucht. Balkonkraftwerke können auf den Balkon gestellt oder an der Hauswand befestigt werden. Für den Anschluss an das Hausnetz braucht man bisher einen besonderen Stecker – mit dem Solarpaket 1 wollen wir das dieses Jahr ändern: dann kann das Balkonkraftwerk einfach mit einem Schuko-Stecker angeschlossen werden.

WIEVIEL STROM PRODUZIERT EIN BALKONKRAFTWERK UND WAS KOSTET ES?

Je nach Sonneneinstrahlung, Ausrichtung und Leistung produzieren Balkonkraftwerke zwischen einer und etwa vier Kilowattstunden am Tag. Ein Balkonkraftwerk mit 600 Watt Leistung – der bisherig erlaubten Obergrenze – erzeugt zwischen 500 und 600 kWh Ökostrom im Jahr. Die Preise für Balkonkraftwerke zur Selbstmontage liegen abhängig von ihrer Leistung meist zwischen 500 und 1.200 Euro. Die Nutzungsdauer wird mit bis zu 25 Jahren angegeben.



WAS GIBT ES ZU BEACHTEN?

- In Mehrfamilienhäusern ist zunächst ggf. die Zustimmung der Eigentümergemeinschaft einzuholen, wenn das Balkonkraftwerk nicht nur auf dem Balkon aufgestellt, sondern am Haus befestigt werden soll. Mit dem Solarpaket 1 wollen wir das erleichtern, indem wir Balkonkraftwerke in die privilegierten Maßnahmen nach WEG und BGB aufnehmen. Ausnahmen wird es aber bei denkmalgeschützten Gebäuden geben. Bei fester Montage ist auf jeden Fall auf eine korrekte Montage unter Berücksichtigung möglicher Windlasten und anderer Umwelteinflüsse zu achten.
- Die erlaubte Einspeiseleistung der gesamten Anlage bei vereinfachter Anmeldung ist derzeit auf 600 Watt begrenzt. Mit dem Solarpaket 1 wollen wir sie auf 800 Watt anheben, die Anmeldung beim

Netzbetreiber soll entfallen und die Anmeldung im Marktstammdatenregister vereinfacht werden.

- Außerdem dürfen Balkonkraftwerke derzeit nur mit Stromzählern betrieben werden, die über eine Rücklaufsperrung verfügen. Mit dem Solarpaket 1 soll bis zu vier Monate ein Betrieb an Zählern ohne Rücklaufsperrung möglich sein. Nach der Anmeldung im Marktstammdatenregister soll der Netzbetreiber in dieser Zeit von sich aus den Zähler wechseln.

Mit Balkonkraftwerken kann sauberer Strom erzeugt und Geld gespart werden. Der Kauf ist Mehrwertsteuerfrei. Viele Kommunen fördern die Anschaffung zusätzlich mit Prämien. Und mit dem Solarpaket 1 werden wir die Nutzung noch einfacher machen. Trotzdem ist bei der Installation Einiges zu beachten und eine Beratung durch Fachleute deshalb empfehlenswert. Aber eine Prüfung lohnt sich!